

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

9.1.1873 (No. 7)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 9. Januar.

N^o 7.

Vorauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einzugsgebühr: die gepaltene Beizelle oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1873.

Königlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 31. Dezember v. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem pensionirten Postkondukteur Jakob Koch in Freiburg und dem Briefträger Georg Schweickardt in Bahrl die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, dem prakt. Arzt Dr. Gaus in Baden die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des ihm von dem Präsidenten der Republik Frankreich verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenlegion zu ertheilen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 3. Januar v. J. allergnädigst bewogen gefunden, den nachbenannten Angehörigen des Gendarmen-Corps die silberne Verdienstmedaille zu verleihen, nämlich:
dem Oberwachmeister Valentin Schäfer vom III. Distrikt, dem Wachmeister 1. Klasse Jakob Karl Pfeifferle vom II. Distrikt, Jakob Fuchs vom IV. Distrikt und Karl Schaller vom I. Distrikt, sowie dem Gendarmen Martin Josef Weiß vom III. Distrikt.

Nicht-Königlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 7. Jan. Abgeordnetenhause. Nach Verlesung zweier eingegangener Schreiben des Fürsten Bismarck und des Grafen Roon betreffend die Uebertragung des Vorsitzes im Staatsministerium an den Letzteren und die Ernennung des Generals v. Kamme zum Staatsminister tritt das Haus in die Tagesordnung (Etat des Ministeriums des Innern) ein. Gegenüber Aeußerungen Kaslers bezüglich der jüngsten Vorgänge im Schooße des Ministeriums erwiedert der Minister des Innern: Er könne zwar die Verantwortung dem Kriegsminister überlassen, wolle aber Folgendes sagen: Fürst Bismarck habe lediglich beabsichtigt, die Arbeit des Staatspräsidenten zu erleichtern, als hätte das Ministerium auf, in des Fürsten Bismarck zu sein; dasselbe werde fortfahren, in des Fürsten Bismarck Geiste zu handeln. Das Haus möge daher das Mißtrauen aufgeben und die Maßregeln des Ministeriums abwarten, die beweisen würden, daß das Ministerium das Gesetz der historischen Entwicklung, die es zu verfolgen die Vergangenheit Preußens und Deutschlands Zukunft schuldig sei, im Auge behalten werde. Gegenüber Aeußerungen Birchows über die Stellung des Grafen Roon zur Kreisordnung, sowie über das Programm des Ministeriums erklärt der Minister des Innern: Graf Roon habe der Kreisordnung in ihrer letzten Gestalt zugestimmt, sei auch nicht gegen den Vorschub gewesen. Die Ursache seines Entlassungsgesuches war eine rein persönliche, nach deren Erledigung er im Ministerium verbleiben konnte. Ein Programm vor-

zulegen, habe das Ministerium keine Veranlassung, da es bleibe, was es war. Nach einer kurzen Diskussion des Zwischenfalls, an welcher sich Kardorff und Reize betheiligten, beginnt die Spezialberatung des Etats des Ministeriums des Innern, welche ohne bemerkenswerthe Debatte bis 1 1/2 Uhr weitergeführt wird, wo wegen Beschlusfähigkeit des Hauses die Sitzung geschlossen wird. Nächste Sitzung Donnerstag.

† Posen, 7. Jan. Die Rathskammer des hiesigen Kreisgerichts beschloß, daß, wenn auch objektiv die Beschlagnahme hiesiger Zeitungen wegen Verbreitung unrichtiger Thatsachen gerechtfertigt sei, dennoch zur strafrechtlichen Verfolgung der Redakteure kein Grund vorliege.

† Stuttgart, 7. Jan. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer beantwortete der Finanzminister v. Renner eine Interpellation des Abg. Hohl dahin, daß der Entwurf eines neuen Berggesetzes, welches der Privatindustrie weiteren Spielraum gewähre, gegenwärtig der Beratung des geheimen Raths unterliege. Die Kammer begann darauf die Beratung des Einführungs-Gesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungs-Wohnsitz.

† Kaiserslautern, 7. Jan. Zum Landtags-Abgeordneten für den Wahlkreis Kaiserslautern-Kirchheimbolanden wurde Landrichter Bailliant aus Obermohel mit 170 von 179 Stimmen gewählt.

Deutschland.

Karlsruhe, 8. Jan. In der heutigen Mittwochsaudienz wurden unter Andern nachstehende Militär- und Civilpersonen von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog empfangen: der Oberst Freiherr von Wehmar, Commandeur des 1. bad. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, Major Bauer vom 4. bad. Infanterie-Regiment, Hauptmann Hecht vom 3. brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 20, zur Zeit in Bar-le-Duc, Hauptmann von Ziemlich, bisher in Ettlingen, Premierlieutenant von Burgdorf vom 1. bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, Premierlieutenant Graf Hennin und Secondelieutenant Pomay vom 1. bad. Leib-Regiment Nr. 20; Johann der Oberamtmann Joos von Forzheim, Farrer Bundschuh von Kiel, Oberamtmann Pfister von Schopphelm, Graf von Degenfeld von hier, Medizinalrath Lugo von Schwesingen, die Ministerialräthe Bingner und Gebhardt, der Staatsanwalt von Gulat von hier, der Particular von Seiden-Wellstow, Bezirksingenieur Fischer von Wolfach, der Professor Dr. Wartenbach aus Heidelberg, Ministerialrath von Reck und der Professor Biffinger von hier. Die Audienz dauerte von 10 Uhr Vormittags bis Nachmittags gegen 3 Uhr.

* Elßaß-Lothringen. In einem Rückblicke auf das Jahr 1872 äußert sich die „Prov.-Korr.“ in nachstehenden Worten über Elßaß-Lothringen:
Die allgemeine politische Lage und besonders das Ansehen und der Einfluß des Deutschen Reiches unter den Mächten haben augenscheinlich auch zur Befestigung der Verhältnisse in den neuen Reichslanden Elßaß-Lothringen wesentlich beigetragen. Mit welchem Eifer, mit welcher herzlichen Hingebung die Regierung des Deutschen Reiches und mit ihr das gesammte deutsche Volk ihre Aufgaben in dem wieder gewonnenen Lande zu erfüllen entschlossen sind, dafür zeugte die begründete Theilnahme an der Wiederaufrichtung einer glänzend ausgestat-

ten deutschen Universität in Straßburg. Eine umsichtige, feste und wohlwollende Verwaltung war nicht ohne sichtbaren Erfolg bemüht, durch die vollste Aufmerksamkeit für die wirthlichen Interessen des Landes den Boden in der Bevölkerung zu bereiten und die Saat auszustreuen aus welcher nach allmählicher Ueberwindung der widerstrebenden politischen Stimmungen das Vertrauen zu den neuen Zuständen aufkeimen kann. Nach den Aufregungen, welche bis zum 1. Oct. durch die Rationalitätswahl in der ganzen Bevölkerung erzeugt waren, und in Folge der Enttäuschungen, welche vielen der ausgewanderten Elßasser und Lothringer in Frankreich vorbehalten waren, ist schon jetzt mit der politischen Ruhe und Unbefangtheit eine klarere und günstigere Würdigung der neuen Zustände unverkennbar eingetreten. Wenn der Idealismus, welcher die vermeintlich deutschen Herzen der Elßasser wie im Sturm zu gewinnen hoffte, einer mehr realen Auffassung der Verhältnisse weichen mußte, so ist dagegen die Zuversicht der praktischen Bevölkerung auf eine allmähliche, aber sichere Ueberwindung deutschen Elßasses und deutsch-nationalen Volkstums im Elßaß und in Deutsch-Lothringen durch die neuesten Wahrnehmungen bekräftigt worden.

München, 6. Jan. (Schw. M.) Die Vermählung des Prinzen Leopold, zweiten Sohnes des Prinzen Luitpold, mit der Erzherzogin Gisela, Tochter des Kaisers von Oesterreich, ist nun auf den 24. April anberaumt, und wird daher der Prinz, welcher zur Zeit sich auf einer Reise im Orient befindet, diese abkürzen und etwa zum 14. April hier eintreffen, um sich dann nach Wien zu begeben. — Gegen den Gouverneur der Festung Ingolstadt, Generalleutnant v. Hüß, ist Untersuchung eingeleitet wegen des hochfahrenden und beleidigenden Benehmens gegen die Offiziere der dortigen Garnison, dessen er sich bei Eröffnung der Offiziers-Speiseanstalt soll schuldig gemacht haben. Es kursiren über diesen Vorfall verschiedene Versionen, die aber offenbar — oder doch wenigstens hoffentlich — auf Uebertreibung beruhen. — Der Kaplan Kanreuther, der jüngst vom Münchener Erzbischof von hier nach Freising versetzt wurde (er hatte von der Spitzeder ein Darlehen von 10,000 fl., natürlich zu einem frommen Zweck, empfangen), ist auf Grund des § 131 des Reichs-Strafgesetzbuchs zur Vernehmung vor das Bezirksgericht in Wasserburg vorgeladen, weil er in einer Bauerversammlung, die im Rayon dieses Gerichts stattfand, eine Rede hielt, in welcher er u. A. behauptete, das Deutsche Reich sei „auf Lug und Trug“ gebaut.

Darmstadt, 6. Jan. (Fr. J.) Der Landtag wird nicht, wie anfänglich beabsichtigt, am 15. d. M., sondern erst später wieder zusammenberufen, da die Ausschüsse mit den Arbeiten noch nicht weit genug vorgerückt sind. — Es liegt in der Absicht der Regierung, dem Wunsche des letzten Landtags entsprechend, für die Zukunft die Gehälter der Staatsbeamten nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich auszahlen zu lassen, eine Maßregel welche zwar etwas mehr Arbeit erheischt, aber namentlich von den Subalternen freudig begrüßt wird.

Frankfurt, 7. Jan. Das „Frl. Journ.“ schreibt: Wie wir vernehmen, haben die von Preußen mit Hessen und Baden eingeleiteten Verhandlungen wegen der Verwaltungs- und Betriebsreorganisation der Main-Neckar-Bahn nach preussischem Muster zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Wie uns weiter mitgetheilt wird, ist von einer Abtretung dieser Bahn in preussisches Eigenthum während der Verhandlungen niemals die Rede gewesen.

Wilderich.

(Fortsetzung.)

Hören Sie weiter: ich bemühtigte mich des Knaben noch an demselben Tage, um ihn zunächst einer alleinlebenden Dame zu bringen, die mir versprochen hatte, ihn mit mütterlicher Sorgfalt zu pflegen und zu erziehen, bei der ich ihn täglich sehen konnte, bis er in ein Knabenpensionat gebracht werden konnte — und in der That, es war gut, daß ich so geist, denn dem ersten Besuche der Tante folgte ein zweiter, mit der erschreckenden Nachricht, daß plötzlich und wie vom Himmel gefallen, Braun in jenem Orte erschienen sei, von den Verwandten seinen Sohn verlangt und ihre Weigerung, ihn ihm herauszugeben, mit der Drohung beantwortet hatte, daß er sie sehr bald durch den Staatsanwalt zwingen lassen werde, ihm Rechenhaft über sein Kind zu geben. Dem war nichts entgegenzustellen gewesen; sie hatten ihn an Frau Mark gewiesen. Er kam in unsere Stadt und Frau Mark wies ihn natürlich an mich. Er fürchtete sich, meinen Eltern, meinem Vater zu begegnen — er bat mich schriftlich um eine geheime Zwiesprache — mußte ich sie ihm nicht gewähren? Seine Vaterrechte waren unbestreitbar, ich mußte dazu, wollte ich ihn bewegen, mir das Kind zur Fürsorge zu überlassen, auf gütlichem Wege, durch Bitten und Zureden auf ihn zu wirken suchen. . . ich sprach mit der Mutter darüber und diese war einverstanden, daß ich ihn kommen lasse — dem Anschein nach heimlich, denn meine Eltern wollten nicht wissen lassen, daß sie solch eine persönliche Berührung mit dem jetzt ganz verurtheilten Menschen zuließen — meine Mutter wollte jedoch ungeliebt in einem weiter zurückliegenden Zimmer anwesend bleiben — und so erlaubte ich Braun denn in einigen Tagen, zu kommen — in einer Stunde, wo wir in unserem vielbesuchten und unruhigen Hause hieher waren, nicht gestört zu sein. Er kam und nach den ersten Worten, die er sprach, sah ich, daß mir nur wenig Hoffnung blieb, ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Er kam zornig, ge-

zeigt, in vollem Bewußtsein seines Rechts — er selbst wollte in ein Kloster gehen und dann seinen Knaben einem schrecklichen Loos anheimgeben — er wollte ihn in ein Knabenseminar geben — er hatte das seinen geistlichen Beträuern versprochen, er fühlte sich stark im Bewußtsein, deren Bestand zu haben — ich erschrak doppelt bei dieser Erklärung, nicht allein über das Loos, von dem das arme Kind bedroht wurde, sondern auch, weil ich wußte, daß meine Mutter, die ihn liebte, mir jetzt vielleicht ihren Bräutigam entziehen und auf seine Seite treten werde — mit Thränen in den Augen schickte ich ihn an, einen solchen grausamen Entschluß aufzugeben, voll Angst, daß ihm dies gar nicht möglich sei, daß die Bedingung, unter der man ihn in eine letzte Zuflucht aufnehmen wolle, vielleicht die sei, daß er auch seinen Knaben der Kirche hergebe — da erschienen Sie, und was nun folgt, wissen Sie — Sie wissen nun Alles . . . Alles . . . bis auf . . .

„Bis auf — reden Sie weiter, Hedwig, bis auf?“
„Bis auf eine Szene mit meiner Mutter, die nun für mich folgte“, sagte Hedwig, wechselnd erlassend und erdrosselt.

„Eine Szene mit Ihrer Mutter? o sagen Sie mir auch das — Ihre Mutter?“

Hedwig schüttelte den Kopf, erdrosselt und Wilderich's Blicke vermeidend.

„Meine Mutter hinderte mich, mich zwischen Sie zu werfen, Ihnen zu folgen, Sie zu beschwören, von dem Duell abzustehen“, sagte sie dann seufzend; erhob sich und trat nachdenklich an das Bett ihres Bruders.

Dieser schlug die Augen auf; er schlürfte etwas — er verlangte zu trinken — Hedwig sorgte für ihn — sie wollte sich's nicht nehmen lassen, auch für Wilderich in gleicher Weise zu sorgen, dann kam der Arzt, nach seinem Patienten zu schauen, er mußte Hedwig wegnehmen, weil Wilderich's Verband erneuert werden mußte — sie schied für den Abend, um nun auch für sich die Ruhe zu suchen, deren sie nach sol-

chen Anstrengungen, solchen Erschütterungen bedurfte — sie drückte stumm die Hand Wilderich's wie die ihres Bruders und ging.

Als sie am andern Vormittag wieder erschienen und erfahren, wie ihre Pflegebefohlenen die Nacht zugebracht und dann allerlei Kleinere Verbesserungen in der Einrichtung des Zimmers, in dem, was zur Bequemlichkeit und Erleichterung ihrer beiden Leidenden dienen konnte, vorgenommen, setzte sie sich zuerst zu ihrem Bruder, der jetzt mit größerer Theilnahme Fragen nach Freunden und Bekannten, nach den Dingen daheim an sie stellte. Sie gab ihm ausführlichen Bericht, bis sie bemerkte, daß die Theilnahme an dem Allen, welche in ihm aufgestammt war, schon wieder erloschen, daß er mit gestreuten Blicken der Bewegung ihrer Lippen folgte, wie man in Gedanken verloren an einem im Winde flatternden Blatte, einem im Sonnenschein wirbelnden Staubatom mit den Augen hängt. Sie schweig, hielt noch eine Weile seine Hand gefast und kam, da er jetzt die Augen schloß, zu Wilderich herüber.

Sie nahm wieder zu Häupten seines Bettes Platz und sagte:

„Ich habe Ihnen gestern Alles, was Sie zu wissen verlangten, erzählt — Sie begreifen jetzt, daß ich Ihnen den Knaben nicht raubte, daß ich es nicht that, um Sie zu krasen, nicht weil Sie mir drohen ließen — sprachen Sie nicht gestern so? Und mir Das zu erklären, mir Aufschlüsse über eine so merkwürdige Vorkommnisse und noch über vieles Andere zu geben, ist jetzt an Ihnen die Reihe.“

„Nun ist es?“ verlegte Wilderich, „muß ich Ihnen das reuevolle Geständniß machen, wie grenzenlos ich in Gedanken an Ihnen gereuet habe, wels' böser Thor ich war und wie arg ich unter dieser bösen Thorheit doch litt, wie unselig sie mich machte, welche schmerzreiche und verzweiflungsvolle Zeit ich lebte in dem jammervollen Kampf meiner Gedanken, die bald eine Welt von Schuld auf Sie wälzten, bald sich auf mich stürzten mit dem grausamen Bewußtsein, daß ich ohne Sie nicht leben könne . . .“ (Fortsetzung folgt.)

* Bonn, 6. Jan. Der ultramontane Wanderverammlung gegenüber, die sich bekanntlich nicht entblödet hat, in einem Telegramm an den Kardinal Antonelli dem Papst Zustimmung und Dank für dessen jüngsten Angriff auf Kaiser und Reich (Weihnachts-Allokution) zu erklären, hat der Kern der hiesigen Bürgerschaft das Bedürfnis empfunden, um diese — wie sollen wir sagen? — Kennzeichnung von dem Ruf der Stadt Bonn abzuwaschen, und zu dem Behufe gestern eine Versammlung in der Beethoven-Halle veranstaltet, die von 1700—2000 Männern besucht wurde. Hauptredner war Prof. v. Sybel, den die Angelegenheit in eben so klarer als mächtiger Sprache beleuchtete. Nach seiner Rede wurde eine Adresse an den Kaiser verlesen und einstimmig angenommen; dieselbe lautet:

„Allerburchseligster Kaiser, Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Vor einigen Tagen hat eine in Bonn veranstaltete Wanderverammlung ein französisches, von drei rheinischen Edelweibern unterzeichnetes Telegramm beschlossen und abgesandt, um Sr. Heiligkeit dem Papste für die Allokution vom 23. Dezember zu danken, worin derselbe die Regierung des Deutschen Reiches mit den schwersten Schmähungen überhäuft. Die Unterzeichneten, Bonner Bürger aus allen Konfessionen, durch jenen Vorgang auf das Schmerzlichste in ihrem patriotischen Gefühle berührt, halten es für eine Ehrensache, ihre Treue gegen Sr. Maj. und ihre Liebe zum deutschen Vaterlande öffentlich zu bekunden. Wir wissen, daß Sr. Maj. Regierung nichts ferner liegt, als die Verfolgung einer anerkannten Kirche, daß die neuen Gesetze keinen andern Zweck haben, als Abwehr kirchlicher Uebergriffe in den geselligen Wirkungskreis des Staates und in die verfassungsmäßige Religionsfreiheit der Bürger. Wir wünschen und hoffen, daß Sr. Maj. Regierung fortfahren werde, alles zu diesem Zwecke Erforderliche mit ruhiger Kraft vorzunehmen. Ehrfurchtsvoll bitten wir Sr. Maj., die Verhinderung unserer unerschütterlichen und patriotischen Anhänglichkeit mit gewohnter Huld entgegenzunehmen.“

Aus Thüringen, 5. Jan. (Köln. Z.) Jedes Infanterieregiment des XI. Armeekorps hat jetzt zum Bataillon 12 Rekruten aus dem Elsaß erhalten, welche unter die einzelnen Kompagnien gleichmäßig verteilt wurden. Eben so erhielten alle Kavallerieregimenter dieses Armeekorps ehsässische Rekruten. Verhältnismäßig sehr viele Rekruten aus dem Elsaß wurden der Garde und besonders auch der Gardekavallerie zugewiesen, zu welchen Truppengattungen zu kommen sie auch einen besondern Wunsch äußerten. Fast sämtliche Rekruten aus dem Elsaß sprechen und verstehen ganz geläufig Deutsch und sind körperlich kräftige und dabei willige und tüchtige Leute.

Berlin, 6. Jan. (Köln. Z.) In Abgeordnetenkreisen wurde eine parlamentarische Erörterung über den letzten Ministerwechsel und die erwarteten Reformwürfe in irgend einer Form in Erwägung gezogen. Die Erklärung des „Staats-Anzeigers“ über den Ministerwechsel macht Aufsehen. Die Angelegenheit dürfte indessen im Abgeordnetenhaus, wenigstens im Laufe der Debatten, irgendwie zur Sprache kommen.

Berlin, 6. Jan. Das „Dtsch. Wochenbl.“, Organ der freiconservativen Partei, urtheilt über das Ministerium Roon:

Zunächst wird sich an die Veränderung des Ministeriums der Nachtheil knüpfen, daß, wenn ohnehin es schon an Klarheit der Wege und Ziele der preussischen Staatsregierung fehlt, die Uebertragung des Ministerpräsidiums an den Grafen Roon in weiten Kreisen politische Deutungen — nach unserer Meinung ohne Grund — nach sich ziehen wird, welche geeignet sind, die Geister zu verwirren. Diesen Deutungen gegenüber will es uns scheinen, als ob die Uebertragung des Ministerpräsidiums an den Grafen Roon viel weniger aus sachlichen als aus persönlichen Motiven herzuweisen sein möchte, als ob es sich darum gehandelt habe, den erprobten treuen Mann als Rathgeber an der Seite seines Monarchen in einer Position zu erhalten, welche nach Abstreifung des technischen Dienstes auch äußerlich der Würde des Hochverdienten entspricht. Wir möchten glauben, daß es dem Feldmarschall Grafen Roon fern liegt, von sich zu erwarten, daß er die großen Fragen, welche das innere Staatsleben Preussens bewegen, die Grenzregulirung zwischen Staat und Kirche, Organisation der innern Verwaltung, Steuer- und wirtschaftliche Reformen auch nur so weit beherrsche, um ihre Behandlung sachlich beeinflussen zu können. Ein Mann, der mit so vielem Glück den Dilettantismus auf militärischem Gebiete zu bekämpfen verstanden hat, wird schwerlich die Reizung empfinden, jetzt seine ehrenvolle Laufbahn als Dilettant in bürgerlichen Angelegenheiten zu beschließen. Mag immerhin die persönliche Stimmung des neuen Ministerpräsidenten über den Durchschnitt des aktuellen Ministers hinaus nach rechts gravitiren, so erkliden wir in seiner Einsehung keinerlei Symptome eines Systemwechsels in retrograder Richtung. Zwar vermag uns hierüber nicht die von der „Prov.-Korresp.“ betonte Seelenverwandtschaft Bismarck-Roon zu beruhigen — abgesehen von einem hochwichtigen Momente, der sich der Besprechung erzieht —, wohl aber das Vertrauen einerseits zu der Gewissenhaftigkeit des Grafen Roon, andererseits zu der Charakterfestigkeit einiger Ressortminister, von denen wir vollkommen sicher sind, daß sie in der nämlichen Stunde, in welcher reaktionäre Reitel aufstiegen, ihre Portefeuilles niederlegen würden. So stehen wir der neuesten Situation gegenüber, ohne die Meinung, daß eine Reaktion inaugurirt sei, aber freilich auch — und wir sind verpflichtet, dies rückhaltlos zu bekennen — ohne Hoffnung auf eine baldige Konsolidirung des preussischen Regierungssystems. Für uns gibt es in diesem Augenblick keine preussische Staatsregierung mehr in des Wortes inoffizieller Bedeutung. Wir sehen vor uns verschiedene Ressortminister mit verschiedener Bergangenheit, verschiedener politischer Anschauung, verschiedenen Aktionsmaximen. Hiernach würde, so lautet unser Rath, die der Reform zugeneigte Mehrheit der Landesvertretung Stellung zu nehmen und ihre Haltung jedem Minister gegenüber nach seinen aktuellen Leistungen besonders einzurichten haben. Ist es heute nicht vorgemitt, einen fundamentalen Schritt zur Stärkung der Staatsgewalt zu thun, so wollen wir um so ernster und vorsichtiger der Pflicht gedenken, an allen einzelnen Stellen, wo der Boden vorbereitet ist, zu pflanzen und das Geplante zu pflegen!

Berlin, 7. Jan. Der „N.- und St.-Anz.“ bringt die folgende telegraphisch bereits skizzirte Mittheilung über die Veränderungen im preussischen Ministerium:

Die mittelst Allerhöchster Dore vom 1. Januar d. J. erfolgte Verleihung des nunmehrigen General-Feldmarschalls Grafen v. Roon zum Präsidenten des I. Staatsministeriums wird vielfach so aufgefaßt, als sei in derselben ein Widerspruch mit der durch die Allerhöchste Dore vom 21. v. Mts. getroffenen Bestimmung zu finden, nach welcher der Vorsth im Staatsministerium im Allgemeinen an den ältesten Staatsminister übergehen sollte. Es wird behauptet, daß bei Erlass dieser Bestimmung die Berufung des Grafen von Roon zum wirklichen Ministerpräsidenten noch keineswegs in Aussicht genommen gewesen sei. Diese Annahme findet eine anscheinende Stütze in den Aeußerungen der „Provinzial-Korresp.“ vom 27. Dez. v. J. und vom 2. d. M. Das den amtlichen Kreisen nahesteheende Blatt hatte in der früheren Aeußerung die Bedeutung der neuen Regelung mit voller Berechtigung dahin angegeben, daß der Geist und die Richtung der Politik des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck auch nach der Niederlegung des Präsidiums des Staatsministeriums Seitens desselben in dem preussischen Ministerium maßgebend bleiben werde. Zur Befestigung dieser Ansicht glaubte die „Prov.-Korresp.“ auch auf die Fassung der Allerhöchsten Dore vom 21. v. M. hinweisen zu dürfen, nach welcher nicht ein Anderer persönlich zum Ministerpräsidenten ernannt worden sei, weil eben nicht ein Ministerium unter anderm Haupt und Namen an die Stelle des Ministeriums Bismarck treten sollte. Diese Deutung ist, wie die „Provinzial-Korresp.“ selbst in der Nummer vom 2. d. M. konstatiert hat, durch die Allerhöchste Dore vom 1. d. M. hinwiegend geworden, während die Angabe der politischen Stellung des preussischen Ministeriums zu dem Fürsten v. Bismarck, wie sie von vorn herein gegeben war, der Sache nach allerdings in voller Kraft bestehen bleibt. Aus den Widersprüchen des genannten Organs wird nun mit Unrecht gefolgert, daß bei Erlass der Allerhöchsten Dore vom 21. v. M. an die schließliche Lösung noch nicht gedacht worden sei, und daß zwei verschiedene Richtungen innerhalb der Regierung bis zur letzten Entscheidung mit einander gerungen haben.

Von einem solchen Gegensatz oder Kampfe ist in Wahrheit absolut nicht die Rede gewesen. Der Widerspruch in der „Prov.-Korresp.“ beruht lediglich darauf, daß dieselbe bei ihrer ersten Mittheilung zwar über die wesentliche politische Richtung der beabsichtigten Regelung, nicht aber in Betreff der Entstehung und Bedeutung der Allerhöchsten Dore vom 21. v. M. so zuverlässig und vollständig wie sonst unterrichtet war, und demzufolge die vorläufige Anordnung Sr. Majestät, durch welche bei der Enthebung des Fürsten Bismarck vom Präsidium nur die zunächst erforderliche Vorkehrung getroffen werden sollte, irrtümlich zugleich als eine definitive Bestimmung über das Präsidium ansah.

Wenn in der „Prov.-Korresp.“ vom 27. v. M. angedeutet worden ist, daß die damalige Allerhöchste Entscheidung in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Fürsten Bismarck erfolgt ist, so kann mit gleicher Bestimmtheit versichert werden, daß die Ernennung des Grafen von Roon zum wirklichen Ministerpräsidenten nicht bloß durchaus den Wünschen des Reichskanzlers entspricht, sondern auch bereits bei dem Erlass der Allerhöchsten Dore vom 26. v. M. bestimmt in Aussicht genommen war und nur deshalb nicht sofort erfolgte, weil vorher die definitiven Entschlüsse Sr. Majestät in Betreff derjenigen Anordnungen gefaßt sein sollten, durch welche dem Grafen von Roon bei der Uebertragung der ihm zugehörigen neuen Funktionen eine Erleichterung seiner bisherigen Arbeitslast zu gewähren war.

Weit entfernt, daß es sich bei den getroffenen Entscheidungen um irgend einen Widerstreit der Einflüsse und Wünsche gehandelt hätte, beruhen die Allerhöchsten Entschlüsse vor Allem darauf, daß kein anderer Staatsmann in denselben Maße wie Graf v. Roon nach seiner bisherigen Gesamtwirksamkeit und nach seiner persönlichen Vertrauensstellung zu dem Fürsten v. Bismarck die Gewähr und Bürgschaft dafür gibt, daß er unter eigenem Namen und unter eigener Verantwortung in Wahrheit die Politik des Reichskanzlers in Uebereinstimmung mit dessen Sinn und Geist in jeder Beziehung fortzuführen willens und im Stande sei, daß er, mit dem Verzicht auf eine großartige selbständige Handhabung des Steuerruders, doch freudig die volle Mitwirkung und Verantwortlichkeit für eine Politik übernehme, deren höchste und folgenreichste Betheiligung auf dem Boden des gesammten Deutschen Reiches zu erfolgen hat, deren maßgebende Grundsätze und Gesichtspunkte aber auch in der innern preussischen Entwicklung und demgemäß in der Leitung des preussischen Staatsministeriums zur Geltung gelangen müsse.

Daß dies auch in Zukunft geschehe, das ist die Aufgabe, welche durch das Vertrauen Sr. Maj. im vollen Einverständnis mit dem Fürsten v. Bismarck dem Grafen v. Roon übertragen worden ist, und welche er in selbstloser Hingebung für den öffentlichen Dienst in der Voraussetzung übernommen hat, bei ihrer Lösung von allen Dingen unterstellt zu werden, denen des Vaterlandes Heil und Größe wichtiger ist, als jedes persönliche Interesse.

** Berlin, 7. Jan. Die Verleihung des schwarzen Alerordens in Brillanten an den Fürsten Bismarck, sowie der Erlass an das Staatsministerium vom 1. Jan., durch welchen der König in Verfolg des Erlasses vom 21. Dez. v. J. an Stelle des Fürsten Bismarck den Grafen Roon zum Ministerpräsidenten ernannt und dem Ministerium ausgibt, wegen der Regulirung der bezüglichen Staatsverhältnisse zu berichten, werden nunmehr auch vom „Reichsanzeiger“ publizirt. — Der „Spener. Ztg.“ zufolge ist der Abv. v. Sacken-Julienfeld heute Vormittag gestorben. Demselben Blatte zufolge hat vorgehender Fürst Bismarck eine längere Unterredung mit dem hiesigen Ministerpräsidenten Hofmann gehabt. — Die „Nordb. Allg. Ztg.“ vertritt die „Russ. Bdr.-Ztg.“, welche gesagt hat, daß der Rücktritt des Fürsten Bismarck vom preussischen Ministerpräsidium und die Konzentration seiner staatsmännlichen Kraft auf die deutschen Angelegenheiten eine Verminderung der Macht und des Einflusses des deutschen Reichskanzlers bedeute. — Dasselbe Blatt bringt eine offizielle Berichtigung des Kriegsministeriums betr. die von den Zeitungen gebrachten Angaben über die Gehaltsbezüge des Grafen Roon, wonach derselbe weber als Feldmarschall

nach als Ministerpräsident ein größeres Dienstfeinkommen, sondern nach wie vor seinen Gehalt als Minister bezieht und zu beziehen berechtigt ist.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 6. Jan. Halten Sie es für sicher, daß das oesterreichische Kabinet in Sachen der Gramont'schen Enthüllungen nicht sprechen wird, d. h. jetzt nicht. Die Möglichkeit, daß zu irgend einer späteren Zeit und wenn vielleicht die Reihe der Enthüllungen noch nicht abgeschlossen sein sollte, sie ihr Schweigen zu brechen sich veranlaßt findet, ist damit nicht geläugnet. Wenn jetzt Jemand das Wort ergreift, so wird Graf Beust es sein. Ob er dazu entschlossen ist, weiß ich nicht; ich weiß nur, daß es ihm freigestellt ist.

Schweiz.

* Bern, 7. Jan. Durch Bundesraths-Beschluß vom 6. d. werden — beauftragt von der Bundesversammlung für die Verbindung der Winterthur-Singen-Reuzlingen-Bahn mit den groß. babilischen Bahnen — die Regierungen von Thurgau und Schaffhausen, sowie die Direktion der Bahn zur Besichtigung einer Konferenz eingeladen, welche am 14. d. unter der Leitung des Vorstandes des Departements des Innern stattfinden soll.

Frankreich.

Paris, 4. Jan. (W. St.-Anz.) Ein aus den Departements der Ardennen, Maas, Meurthe et Moselle, Vogesen und Haute-Saone gebildetes Syndikat hat sich erhoben, der Regierung 65 Millionen vorzustrecken, um die Ausfuhrung des Kanals von der Mosel nach der Maas und Saone in längstens 8 Jahren sicher zu stellen. — Bismarck Daru, der Sohn des Vizepräsidenten der Enquete-Kommission, Grafen Daru, ist in Japan bei einer Wasserpartie ertrunken. — Zur Erziehung des Freiwilligen-Exercens hatten sich in Paris 5000 junge Leute gemeldet, die jedoch, nachdem das Kriegsministerium das einzuzahlende Verpflegungsgehalt auf 1500 Fr. erhöht hat, sämmtlich bis auf 900 zurückgetreten sind. Das Examen hat heute begonnen. Die wissenschaftlichen Anforderungen, welche an die Kandidaten gestellt werden, sind bekanntlich ziemlich mäßig.

Paris, 6. Jan. (Köln. Z.) Die Okkupationstruppen von Bains in den Vogesen sind verstärkt worden, weil vor mehreren Tagen einige Jäntensdörfer auf das dortige deutsche Lager abgefeuert worden sind. Die deutschen Verstärkungen kommen aus Remiremont. — Wie man heute aus Rom meldet, hat Corcellas diese Stadt noch gar nicht verlassen. Er steht in fortwährendem telegraphischem Verkehr mit der Regierung. Daß er den Botschafterposten in Rom annehmen werde, ist aber doch sehr unwahrscheinlich. Er soll an seine Annahme die Bedingung knüpfen, daß, wie es der Vatikan verlangt, das Personal des „Dre-noque“ in Zukunft zur französischen Botschaft beim römischen Stuhl gehöre, worauf ab Thiers und Remusat wohl nicht eingehen werden. Der mit Belgien abgeschlossene Handelsvertrag soll zugleich mit dem englischen der Nationalversammlung vorgelegt werden. Man erwartet eine stürmische Beratung. Es ist möglich, daß Thiers bei dieser Gelegenheit das Wort ergreift, da der Minister des Aeußern an einer Lungenentzündung krank darniederliegt. Thiers begibt sich am nächsten Mittwoch um 1 Uhr in die erste Unterkommission der Dreißiger. Rouher und mehrere andere Bonapartisten begeben sich heute nach Chislehurst.

Babische Chronik.

© Karlsruhe, 8. Jan. Im Monat Januar haben die bürgerlichen Wittwen und unverheiratheten verwaisenen Töchter aus gebildeten Ständen, welche Unterstüzungen aus der Sonntag-Stiftung wünschen, sich jeweils beim Verwaltungsrathe dahier, dessen Vorsitzender Hr. Oberbürgermeister Lauter ist, anzumelden. Bis jetzt haben 8 Personen lebenslängliche Unterstüzungsbeträge von der Stifterin selbst im Stützungsakt erhalten und durch den Verwaltungsrath, welcher jetzt darüber selbständig zu bestimmen hat, erhielten 12 Personen mehrjährige und 34 einmalige Unterstüzungen. Die Eine der beiden Stifterinnen, Frä. Karoline Sonntag dahier, ist noch am Leben und genießt somit die Freude, die reichen Früchte ihrer Wohlthätigkeit und Menschlichkeit mit anzusehen. Möge dies der Ehem noch viele Jahre vergönnt sein und möge ihr Wohlthätigkeitssinn in gleicher Richtung Nachahmung finden!

Δ Heidelberg, 6. Jan. Aus dem eben veröffentlichten Jahresberichte unserer städtischen Sparkasse ergibt sich die erfreuliche Thatfache, daß im Jahr 1872 1005 Einlagen mehr gemacht wurden, als 1871, in einem Betrage von 70,574 fl. bei einer Gesamtmitteleinlage von 409,496 fl., an der 5687 einzelne Einleger theilhaftig waren. Das Reinvermögen der Anstalt betrug beim Jahresschlusse 111,098 fl., also 10,105 fl. mehr als im vorhergehenden Jahre. Da bekanntlich die Rechnungsergebnisse der Sparkassen zu den sichersten Gradmaßern des Volkswohlsandes gehören, so ergibt sich aus oben mitgetheilten Ziffern in dieser Hinsicht ein recht befriedigender Schluß. — Von den für die Sturmfluth-Beschädigten an der Ostsee hier eingegangenen Gaben sind etwa 4000 fl. an den Ort ihrer Bestimmung abgefordert worden.

§ Vom Neckar, 7. Jan. Durch die mit Ablauf des vorigen Jahres erfolgte Schließung aller noch vorhandenen Spielbanken, sowie durch die schon früher vom Reichstage beschlossene wesentliche Beschränkung des Verkehrs in Prämien-Anleihepapieren ist Deutschland von zwei schmerzlichen Gattungen der Ausbeutung der Einfalt und Leidenschaft durch Hazardspiele frei geworden. Eine dritte Art besteht leider noch fort — wir meinen die Staatslotterien deren spaltenlange Anfündigungen mit den verlockenden Devisen: „man biete dem Glücke die Hand“ oder „Geld ist die Lösung“, nicht nur dem Zeitungsleser täglich zum Stein des Anstoßes und Aergernisses werden, sondern deren zahlreiche emsige Agenten sich auch in direkten Zuschriften an Privaten aus allen Klassen und Ständen in Stadt und Land wenden. Es mag wenige Personen bei uns geben, welche im letzten Jahre nicht in dieser Weise belästigt und in Versuchung ge-

